

Gewalt gegen Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst in Thüringen

BESTANDSAUFNAHME + BEFRAGUNG THÜRINGER EINSATZ-
KRÄFTE ZU GEWALTERFAHRUNGEN

Erfurt, 01.06.2020

Heike Würstl

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR INNERES UND KOMMUNALES | GESCHÄFTSSTELLE LANDESPRÄVENTIONS-
RAT THÜRINGEN

Impressum

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Geschäftsstelle Landespräventionsrat Thüringen
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Telefon: +49 (0) 361 57-3313-245
lpr@tmik.thueringen.de

Gliederung

TEIL I: Bestandsaufnahme Thüringen

1	Einleitung	4
2	Gewaltbegriff	5
3	Gewaltentwicklung in Deutschland und Thüringen	6
3.1	Amtliche Statistiken	6
3.2	Dunkelfeldforschung	11
3.3	Kriminalitätsfurcht	12
4	Erklärungen für Gewalt gegen Einsatzkräfte	13
4.1	Allgemeine Gewalterklärungen	13
4.2	Gewalt von Hilfsbedürftigen	14
4.3	Gewalt von indirekt Betroffenen und Unbeteiligten	16
4.4	Verhalten der Einsatzkräfte	17
5	Handlungsempfehlungen und Prävention	18
5.1	Stärkung von Handlungskompetenzen	18
5.2	Technischer Schutz	18
5.3	Zusammenarbeit	19
5.4	Öffentlichkeitsarbeit	19
6	Fazit	20
6.1	Entwicklung des Gewaltgeschehens	20
6.2	Entstehung von Gewalt	21
6.3	Handlungsempfehlungen und Prävention	22

Teil II: Befragung Thüringer Einsatzkräfte

1	Theoretische Vorbemerkungen	24
2	Ergebnisse	27
3	Fazit	35
	Literaturverzeichnis	37
	Anlagenverzeichnis	39

Teil I: Bestandsaufnahme Thüringen

1 Einleitung

Im politischen und öffentlichen Diskurs wird beklagt, dass Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zunehmend körperlichen und verbalen Angriffen während ihrer Dienstausbung ausgesetzt sind. Der Gesetzgeber reagiert darauf, in dem er 2011 die Straftatbestände der §§ 113 und 114 StGB ausweitete, so dass Feuerwehrangehörige und Rettungskräfte nun auch unter deren Schutzbereiche fallen. 2017 beschloss der Bundestag eine weitere Gesetzesänderung. Die Behinderung jedweder hilfeleistenden Person in Unglücksfällen wurde unter Strafe gestellt. Damit soll der Schutz von Vollstreckungsbeamten und gleichgestellten Personen sowie Hilfskräften von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst gestärkt werden. (Neufassung der §§ 113, 114, 115 StGB)

Der Landespräventionsrat Thüringen wurde zu Beginn des Jahres 2019 damit beauftragt, die Situation in Thüringen zu bewerten und gegebenenfalls Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, um thüringische Einsatzkräfte vor gewalttätigen Übergriffen besser zu schützen. Im Sinne einer evidenzbasierten Prävention¹ werden in einem ersten Schritt empirische Daten und Befunde zu kriminogenen und präventiven Faktoren sowie gewalttheoretische Erklärungen für das Auftreten von Übergriffen erhoben. Die Beantwortung folgender Fragen steht dabei im Mittelpunkt:

1. Wie hat sich Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in den letzten zehn Jahren bundes- und thüringenweit entwickelt?
2. Wie wird Gewalt gegen Einsatzkräfte wissenschaftlich erklärt?
3. Welche Präventionsmaßnahmen werden vorgeschlagen?

¹ Evidenzbezogene Prävention meint einen wissenschaftlich belegten Zusammenhang zwischen Präventionsansatz und angestrebten Zielen.

Einleitend wird auf Begriffskonzepte von Gewalt eingegangen. Untersuchungen und amtliche Daten basieren auf zum Teil unterschiedlichen Gewaltbegriffen, die es bei der Auswertung zu berücksichtigen gilt. Die Darstellung der einzelnen Konzepte erfolgt lediglich überblickartig. Im Kapitel zur Gewaltentwicklung werden amtliche Statistiken, Dunkelfeldforschungen und Untersuchungen zur Kriminalitätsfurcht betrachtet. Es schließen sich sozialwissenschaftliche Erklärungen für das Auftreten von Gewalt durch Hilfsbedürftige, indirekt Betroffenen und Unbeteiligte an. Auch Einflussfaktoren, die auf das Verhalten der Einsatzkräfte zurückzuführen sind, werden beleuchtet. Im Kapitel „Handlungsempfehlungen und Prävention“ werden vorgeschlagene Maßnahmen zur Vorbeugung von Angriffen dargestellt. Zum Abschluss werden die Befunde bewertet, Erkenntnislücken identifiziert und Schlüsse für zukünftiges Handeln abgeleitet.

2 Gewaltbegriff

Unterschiedliche Gewaltbegriffe in Wissenschaft, Verwaltung und Alltag erschweren den Austausch über das Ausmaß der Übergriffe auf Einsatzkräfte. Forschungsergebnisse, amtliche Statistiken und Aussagen im öffentlichen Raum lassen sich nicht uneingeschränkt vergleichen und aufeinander beziehen, da ihnen häufig verschiedene Gewaltdefinitionen zu Grunde liegen.

In der Gewaltforschung werden grundsätzlich zwei Begriffsgruppen unterschieden. Der enge Gewaltbegriff beinhaltet ausschließlich körperliche Angriffsformen. Werden darüber hinaus auch bestimmte Gesten, Mimik, Sprache oder soziale Ungleichheitsstrukturen als Gewalt definiert, wird von einem weiten Gewaltbegriff gesprochen. Beide Termini beziehen sich in unterschiedlicher Weise auf den Körper. Während der enge Gewaltbegriff eher auf die Form der Ausübung abzielt, stehen beim weiten Begriffskonzept die psychosomatischen Folgen im Fokus.

Die Stärke enger Begriffskonzepte liegt in ihrer klaren Abgrenzbarkeit. „Den Gewaltbegriff auf physische Aktionen zu begrenzen, hat den Vorteil, dass man so einen recht klar umrissenen Gegenstand hat“, so der Gewaltforscher Thomas Hoebel (2019). Nicht-körperliche Angriffsformen sind unbestimmter. Sie werden maßgeblich von nor-

mativen Erwartungen der Gesellschaft und der Vulnerabilität der Betroffenen beeinflusst. Da das Merkmal „Körperbezug“ Gewalt nicht hinreichend von beispielsweise spielerischen Handlungsformen abgrenzt, kommen häufig schädigende Handlungsabsichten oder -motive als weitere Bedingung hinzu. Dies stellt sich als problematisch dar, weil Motive volatil sind, d. h. sich von Situation zu Situation sehr schnell ändern können, so Hoebel (vgl. ebd.). Darüber hinaus implizieren sie die Vorstellung, es gäbe einen Täter, der Gewalt ausübt, und ein Opfer, welches Gewalt erfährt. Gewalt ist jedoch ein interaktiver Prozess, der eine Eigendynamik entwickelt.

In dieser Abhandlung werden Erklärungen, Daten und Befunde berücksichtigt, die körperliche Angriffsformen implizieren. Verbale, psychische oder strukturelle Gewalt wird nur am Rande betrachtet. Im folgenden Kapitel werden die statistischen Daten und Forschungsergebnisse über die Gewaltentwicklung ausgewertet.

3 Gewaltentwicklung in Deutschland und Thüringen

Um Aussagen jenseits der subjektiven Wahrnehmung über das quantitative und qualitative Ausmaß von Gewalt gegen Einsatzkräfte treffen zu können, bedarf es empirischer Daten. Deshalb werden nachfolgend amtliche Statistiken und Forschungsberichte im Hinblick auf die Beantwortung der Frage nach der Entwicklung des Gewaltgeschehens ausgewertet.

3.1 Amtliche Statistiken

Amtliche Statistiken dienen administrativen Zwecken, die eher etwas über die bürokratische Bearbeitung eines Phänomens als über das Phänomen selbst aussagen. Insofern ist ihre Aussagekraft im Rahmen einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise stark eingeschränkt. Als Datenquellen können die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die Unfallstatistik der gesetzlichen Unfallversicherung und amtliche Meldestatistiken herangezogen werden.

Die gesetzliche Unfallversicherung erfasst meldepflichtige Arbeitsunfälle durch Einwirkung physischer und psychischer Gewalt, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei

Tagen zur Folge haben. Aufgrund der zeitlichen Einschränkung wird ein Großteil der niederschweligen Angriffe nicht erfasst, so dass diese Statistik keinen Erkenntnisgewinn für die Beantwortung der Untersuchungsfrage erwarten lässt. Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales führt eine Meldestatistik über Angriffe auf Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Da diese durch die Einsatzkräfte unzureichend bedient wird, lässt sich auch aus ihr nicht auf die tatsächliche Gewaltentwicklung schließen. Die Strafverfolgungsstatistik scheidet als Erkenntnisquelle aus, da sie keine spezifische Opfererfassung für Einsatzkräfte vornimmt. Bedingt verwertbar ist lediglich die PKS.

In der PKS werden alle Fälle erfasst, in denen die Polizei aufgrund eines Anfangsverdachts einer Straftat Ermittlungen einleitet. Hierunter fallen auch Verfahren, die die Staatsanwaltschaft später einstellt, weil sich das angezeigte Verhalten als nicht strafbar erweist oder nicht bewiesen werden kann. Seit 2011 werden Angehörige von Feuerwehr und Rettungsdienst als spezifische Opfergruppe erfasst, so dass statistische Daten über ihre Kriminalitätsbelastung vorliegen.²

In der PKS werden Straftatbestände erfasst, die verschiedene Formen von Gewalt beinhalten. Delikte, die unter dem Schlüssel „Gewaltkriminalität“ gefasst werden, sind u.a. Tötungs-, Sexual- und Raubdelikte sowie schwere Formen von Körperverletzungen. Einfache Körperverletzungen, die vermutlich die häufigste Angriffsform bilden, werden nicht unter dieser Kategorie subsumiert. Insofern ist der PKS-Schlüssel „Gewaltkriminalität“ für die Befunderhebung kaum geeignet. Aufschlussreicher sind die Daten zu einfachen, gefährlichen und schweren Körperverletzungen.

Unter einer einfachen Körperverletzung versteht der Gesetzgeber die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit, die Herbeiführung von Unwohlsein oder eine Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens. Leichte Schläge und Tritte, Schubsen oder Anspucken sind in der Regel unter diesen Tatbestand zu fassen. Werden die gesundheitlichen Beeinträchtigungen aus einer Gruppe heraus, unter Zuhilfenahme einer Waffe oder eines gefährlichen Werkzeugs (z. B. Messer, Stein, Knüppel), durch Verabreichung einer giftigen Substanz, in Form eines hinterlistigen Überfalls oder in einer

² Eine Erfassung erfolgt, wenn die Motivation des Täters in Zusammenhang mit dem Beruf der Einsatzkraft gesehen wird.

das Leben gefährdeten Art und Weise begangen, liegt eine gefährliche Körperverletzung vor. Von schwerer Körperverletzung wird gesprochen, wenn das Opfer dauerhafte Folgeschäden davonträgt.

Um herauszufinden, ob der Trend bei den Einsatzkräften mit der gesamtgesellschaftlichen Gewaltentwicklung einhergeht, werden zunächst die allgemeinen Fallzahlen interpretiert. Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass sie mit Ausnahme des Jahres 2016 bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen seit 2007 sinken. Bei den einfachen Körperverletzungen ist bis zum Jahr 2012 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Danach sinken sie mit Ausnahme von 2016. Der zwischenzeitliche Anstieg kann mit der starken Zuwanderung von Geflüchteten Ende 2015/2016 in Zusammenhang stehen.³

Für Thüringen zeigt sich in den letzten fünf Jahren eine ähnliche Entwicklung. Eine Abweichung vom bundesweiten Trend besteht im Jahr 2018. Hier steigen die Fallzahlen geringfügig.

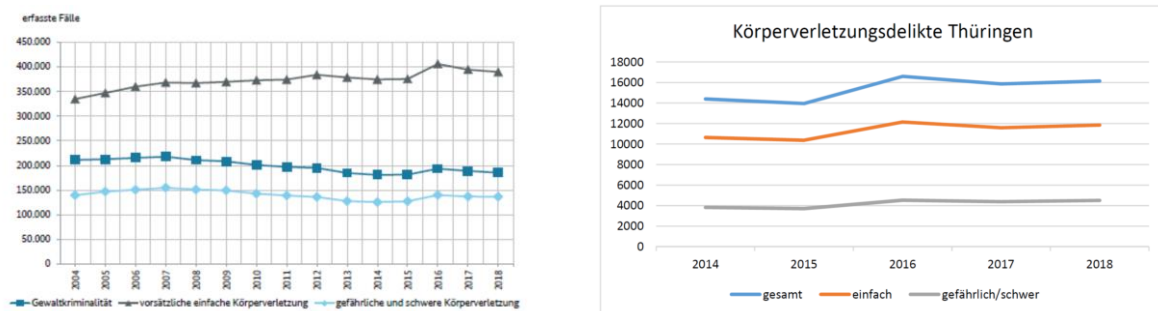


Abb. 1: Entwicklung der Fallzahlen von Körperverletzungen in Bund und Thüringen (vgl. BMI 2018: 29 und TMK 2019: 17f.)

Seit 2011 werden Einsatzkräften als spezifische Opfergruppe erfasst. Aussagen über vorherige Entwicklungen sind nicht möglich. Bei der Deutung der Fallzahlen in Thüringen gibt es zwei Besonderheiten, die Verzerrungseffekte zur Folge haben können. Im Jahr 2018 wurde der neue Straftatbestand „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte

³ Pfeiffer/Baier/Kliem weisen darauf hin, dass Geflüchtete nicht per se gewalttätiger sind, sondern dass die männlich dominierende Geschlechterzusammensetzung, die häufig gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in den Herkunftsländern, die höhere Anzeigebereitschaft gegenüber Flüchtlingen, eine fehlende Bleibeperspektive und die Lebensbedingungen der Geflüchteten Gründe für den Anstieg der Fallzahlen sind (vgl. 2018: 71ff.).

und gleichstehende Personen“ (§§ 114, 115 StGB) eingeführt. Diese neue Strafrechtsnorm verursachte eine Verschiebung der Zahlen weg von den Körperverletzungsdelikten hin zum neuen Tatbestand. Für das Jahr 2018 waren unter diesem Deliktschlüssel 23 Fälle in der PKS Thüringen erfasst. 2019 wurde in der Thüringer Polizei ein neues elektronisches Vorgangsbearbeitungssystem eingeführt. Der Rückgang der Zahlen steht möglicherweise mit anfänglichen System- und Bedienfehlern in Zusammenhang.

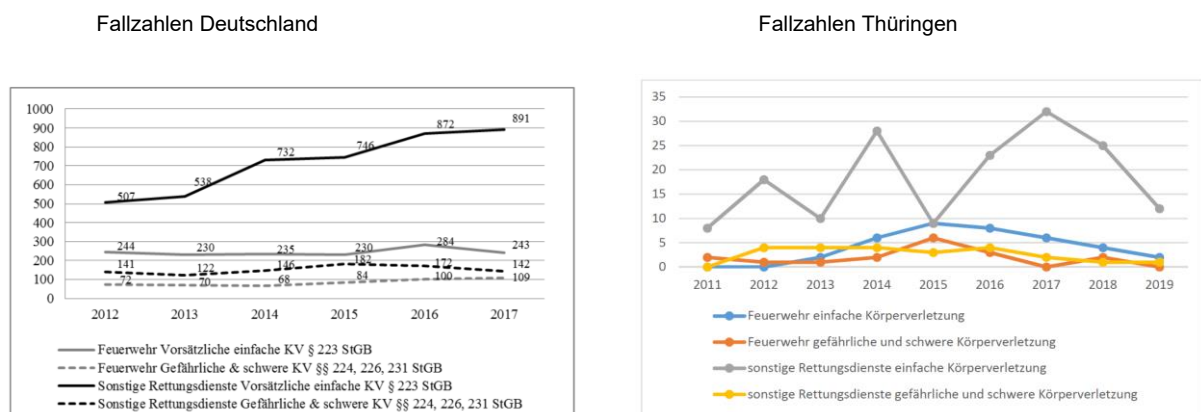


Abb. 2: Entwicklung der Fallzahlen von Körperverletzungen zum Nachteil von Bediensteten der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in Bund und Thüringen. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 319 und PKS Thüringen)

Die bundesweite Grafik lässt unterschiedliche Entwicklungen erkennen. Während einfache Körperverletzungen gegen Rettungsdienste kontinuierlich steigen, bewegen sie sich bei Angehörigen der Feuerwehr auf einem relativ stabilen, niedrigen Niveau. Die Fallzahlen in den Delikten gefährliche und schwere Körperverletzung sind mit Ausnahme kleinerer Schwankungen sowohl im Rettungsdienst als auch bei der Feuerwehr gleichbleibend.

Bei den Bedrohungen (hier nicht abgebildet) zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den einfachen Körperverletzungen. Die Fallzahlen sind insgesamt sehr gering. Rettungskräfte werden häufiger bedroht als Feuerwehrangehörige. Bei beiden Berufsgruppen ist in den letzten sechs Jahren ein Anstieg zu verzeichnen. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 318)⁴

⁴ Der Anstieg im Bereich der Bedrohungen könnte auf eine gestiegene Gewaltbereitschaft hinweisen, was mit den Ergebnissen einer Befragung zur generellen Gewaltbereitschaft und –billigung in der deutschen Bevölkerung einhergehen würde. Diese hatten zwischen 2009 bis 2014 deutlich zugenommen. (vgl. Zick 2019a)

Die sehr geringen Fallzahlen für Thüringen erschweren die Interpretation der Daten. Kleine Fallzahlen können zu extremen Ausschlägen – hier gut sichtbar am Zickzackverlauf der Kurve für die einfachen Körperverletzungen bei Rettungsdiensten – und statistischen Fehlinterpretationen führen.

Erkennbar ist jedoch auch hier, dass in Thüringen der Rettungsdienst stärker von körperlichen Angriffen betroffen ist als die Feuerwehr. Zwischen 2015 und 2017 ist ein kontinuierlich starker Anstieg einfacher Körperverletzungsdelikte zu verzeichnen. Inwiefern sich dieser Trend in den Folgejahren reproduziert, bleibt aufgrund der angesprochenen möglichen administrativen Verzerrungseffekte unklar.

Aus dem Anstieg der Fallzahlen der PKS lässt sich nicht ohne Weiteres schließen, dass Gewaltstraftaten gegen Einsatzkräfte angestiegen sind. Die Zahlen müssen in Relation gesetzt werden, um Fehlschlüsse zu vermeiden. Dafür geeignet wären die Parameter Personalstärke und Einsatzanzahl.

Zur Personalsituation im Rettungswesen liegen keine recherchierbaren Daten vor. Betrachtet man die Zahlen der Rettungseinsätze in Thüringen in den Jahren 2010 bis 2016, zeigt sich ein deutlicher Anstieg.

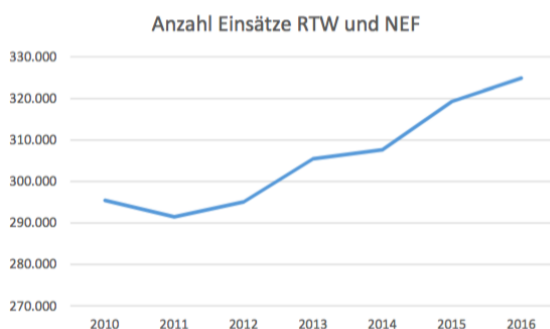


Abb. 3: Rettungseinsätze von Rettungstransportwagen (RTW) und Notarzteinsatzfahrzeug (NEF) in Thüringen (vgl. Thüringer Landtag, Kleine Anfrage 6/4923)

Die Zunahme an einfachen Körperverletzungen könnte somit auch dem Anstieg der Einsatzzahlen geschuldet sein. Aus ihr lässt sich nicht zwingend auf eine zunehmende Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung schließen.

3.2 Dunkelfeldforschung

Dunkelfeldstudien erfassen im Gegensatz zur PKS auch behördlich nicht registrierte Kriminalität. Für die Befunderhebung wird auch hier zunächst die Gesamtgesellschaft als Vergleichsgröße betrachtet.

Laut Viktimisierungssurvey 2017 wurden 3 % der deutschen Bevölkerung innerhalb eines Befragungszeitraums von einem Jahr Opfer einer Körperverletzung. Dies stellt gegenüber 2012 einen Anstieg um 0,3 % dar. In Thüringen waren in 2017 2,8 % der Einwohner betroffen (2012: 2,7 %). Die Anzeigequote für Körperverletzungsdelikte betrug bundesweit 37 %. Das heißt, fast zwei Drittel aller Taten wurden nicht angezeigt. (vgl. Birkel 2019: 18f., 40)

Für die Einsatzkräfte führten Rau/Leuschner im Jahr 2018 eine Metastudie durch. Sie verglichen die Ergebnisse aller bis dahin durchgeführten empirischen Untersuchungen zum Phänomenbereich. Weder für Deutschland noch für Thüringen gibt es einschlägige Forschungsergebnisse. Es wurden einige wenige, regional begrenzte Untersuchungen durchgeführt, die auch aufgrund der zum Teil unterschiedlichen Gewaltbegriffe nur eingeschränkt miteinander vergleichbar sind. Die Autoren kamen zum Ergebnis, dass laut dieser Studien jährlich zwischen 13 % (Hessen 2014) und 84 % (NRW 2018) der Einsatzkräfte körperlich angegriffen werden. Verbale Gewalt tritt weitaus häufiger auf. Hiervon sind zwei Drittel bis alle Bediensteten betroffen. Bei allen Problemen bezüglich der Vergleichbarkeit der Zahlen mit denen des Viktimisierungssurveys zeigt sich bei Einsatzkräften eine deutlich stärkere Kriminalitätsbelastung.⁵

Rau/Leuschner arbeiten folgende studienübergreifende Merkmale zu den gewalttätigen Übergriffen heraus:

- Die **Angriffe** finden eher in städtischen und selten in ländlichen Gebieten, zu meist in den Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden, verstärkt bei Eintreffen und Diagnosestellung, eher im Rettungs- als im Löscheinsätzen und meist überraschend statt.
- Die **Angreifer** sind meist Hilfesuchende/Patienten oder deren Angehörige. Sie sind mehrheitlich männlich, zwischen 20 und 39 Jahre alt und häufig intoxidiert.

⁵ Ein Vergleich zwischen den Zahlen des Viktimisierungssurveys und der Dunkelfeldstudien ist nur eingeschränkt möglich, da sich die Stichproben in ihrer Zusammensetzung voneinander unterscheiden.

Psychische Erkrankungen und ein Migrationshintergrund kommen gemessen an ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung häufiger vor.

- **Opferspezifiken** gibt es keine. Es werden junge und alte, dienstfahrene und -unerfahrene, männliche und weibliche Einsatzkräfte gleichermaßen angegriffen. In allen Studien wird von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Etwa die Hälfte der Bediensteten fühlt sich schlecht auf Angriffe vorbereitet.
- Als **Handlungsempfehlungen** im Umgang mit Gewalt werden Aus- und Fortbildungsangebote (*operative* Kompetenzen in Kommunikation, Deeskalation und Selbstverteidigung), die Verbesserung personeller und technischer Ressourcen und Mittel, eine stärkere Zusammenarbeit mit der Polizei, eine verbesserte Erfassung und Berichterstattung sowie eine offensive Kommunikation der Gewalterfahrung nach innen und außen diskutiert.

Eine weitere Untersuchung, die in der Meta-Studie von Rau/Leuschner noch nicht berücksichtigt werden konnte, wurde 2018 an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung durchgeführt. Die Onlinebefragung bestätigt im Wesentlichen die bekannten Befunde. Darüber hinaus zeigt sich, dass ein Viertel aller Angriffe in Situationen stattfindet, in denen bereits Gewalt im Spiel war. (vgl. Lorei u. a. 2019)

3.3 Kriminalitätsfurcht

Statistiken bilden nicht die empirische Wirklichkeit des Einzelnen ab, sondern die einer sozialen Kategorie. Die gefühlte Bedrohung durch Gewalt unterliegt weniger objektiven und statistischen Faktoren. Vielmehr wird sie beeinflusst von persönlicher oder indirekter Opferwerdung, der Selbsteinschätzung der eigenen Abwehrfähigkeit, der Wahrnehmung von Anzeichen einer gesellschaftlichen Verwahrlosung, eines sozialen Kontrollverlusts, sozialer oder politischer Probleme und einer schlechten Wohn- und Lebensqualität. Werden Situationen als real definiert, können sie auch reale Folgen haben (Thomas-Theorem). Wer sich als gefährdet wahrnimmt, vermeidet oder zeigt möglicherweise Verhaltensweisen, die Übergriffe erst auslösen können.

Laut Viktimisierungssurvey befürchten 18 % (2017) der deutschen Bevölkerung, Opfer einer Körperverletzung zu werden. Tatsächlich waren im Vorjahr jedoch nur 3 % betroffen (vgl. Birkel 2019: 57). In einer empirischen Untersuchung von Feltes/Weigert

reproduziert sich dieses Ergebnis bei den Einsatzkräften. 18 % der befragten Feuerwehr- und Rettungsdienstmitarbeiter*innen aus NRW befürchten, im kommenden Jahr einen körperlichen Angriff zu erleben. (vgl. 2018: 60). Zumindest für NRW lässt sich sagen, dass sich die überwiegende Mehrheit der Einsatzkräfte im Berufsalltag sicher fühlt und dass sich ihre Furcht, Opfer einer Körperverletzung zu werden, statistisch nicht von der in der Gesamtbevölkerung unterscheidet.

4 Erklärungen für Gewalt gegen Einsatzkräfte

4.1 Allgemeine Gewalterklärungen

Gewalt wird mit situationsäußeren und -inneren Bedingungsfaktoren erklärt. Während sich klassische Ansätze eher mit situationsübergreifenden Gewaltursachen auseinandersetzen (Warum-Fragen), beschreiben neuere Theorien konkrete Gewaltdynamiken (Wie-Fragen).

Hoebel/Knöbl resümieren, dass Gewalt entweder mit bestimmten Motiven, Situationen oder Konstellationen erklärt wird. Motive sind problematisch, weil sie schwer zugänglich sind, häufig wechseln und eher in Motivbündeln als alleine auftreten. Situative Ansätze zeigen, dass Täter selten zweckrational und planvoll vorgehen und viele Menschen durchaus Gewaltmotive besitzen, ohne jemals gewalttätig zu werden.⁶ Sie vernachlässigen jedoch strukturelle Bedingungen und individuelle Verantwortlichkeiten. Konstellationen können nicht hinreichend erklären, warum Menschen, die in ähnlichen strukturellen Verhältnissen leben, in unterschiedlichem Maß gewalttätig werden bzw. friedfertig bleiben. Keine der drei Erklärungsheuristiken könne ohne Rückgriff auf eine andere eine umfassende Erklärung liefern. Als Ausweg aus diesem Dilemma schlagen die Autoren vor, die einzelnen Handlungselemente in ihrer zeitlichen Abfolge und Ereignisverkettung unter Bezug auf aktuelle Motivlagen sowie Situations- und Kontextmerkmale zu analysieren. (vgl. 2019) Sutterlüty kritisiert an diesem Weg, dass bei sol-

⁶ Beispielsweise führt Collins Gewalt auf die emotionale Schwäche eines Beteiligten zurück, die dem Gegner ermöglicht, in das daraus resultierende Vakuum zu stoßen und seine natürliche Gewalthemmung zu überwinden (vgl. 2011). Für Goffman generiert sich soziales Handeln aus der Interaktionsordnung und nicht aus Absichten. Unter einer Interaktionsordnung versteht er soziale Regeln, die den Austausch bestimmen. Illegitime Gewalt stellt einen Zusammenbruch dieser Ordnung dar. (vgl. 2013)

chen ereignissequenzierten Fallanalysen die Rolle von Vergleichsanalysen unterschätzt werde. Die Vielschichtigkeit von Gewalt erfordere je nach Gewaltform unterschiedliche Erklärungsansätze. (vgl. 2019)

Um Gründe für das Auftreten von Gewalt gegen Einsatzkräfte zu eruieren, wird hier zwischen verschiedenen Typen von Beteiligungsformen differenzieren. Je nachdem, ob Einsatzkräfte durch einen Hilfsbedürftigen, einen von einer Hilfeleistung indirekt Betroffenen oder einen Unbeteiligten angegriffen werden, erscheint die Erklärungskraft der einzelnen Heuristiken unterschiedlich stark zu sein. Auch das Verhalten der Rettungskräfte hat Einfluss auf die Gewaltentstehung bzw. -entwicklung.

4.2 Gewalt von Hilfsbedürftigen

Der Berufsalltag der Einsatzkräfte ist davon geprägt, stellvertretend für Patienten und Hilfsbedürftige Krisen zu bewältigen, wenn diese nicht mehr selbst dazu in der Lage sind. Solche Krisen können gesundheits-, lebens- oder existenzbedrohlich sein (Brand, Unfall, Erkrankung, Katastrophen etc.). Damit die Hilfeleistung Aussicht auf Erfolg hat, muss der Hilfsbedürftige seine Unfähigkeit zur Problemlösung anerkennen. In der heutigen Kultur, in der Unabhängigkeit und Mündigkeit als Leitbegriffe operieren, dürfte dies zunehmend schwerer fallen (vgl. Paris 2014: 322). Der häufige Alkohol- und Drogeneinfluss der Patienten verschärft mitunter deren Uneinsichtigkeit.⁷ Hilfe kann in diesen Fällen als Identitätsbedrohung wahrgenommen werden, auf die mit Gewalt reagiert wird. Der Körper kann mitunter das einzige Mittel sein, um sich seiner Selbstbestimmtheit Gewähr zu werden. Eine Expertenbefragung von Schmidt zeigt, dass die Täter*innen der Angriffe auf Rettungskräfte nicht die typischen Kriminellen sind, sondern Patienten, die sich hilflos fühlen und nicht verstehen, was gerade mit ihnen passiert (vgl. 2012: 29). Sie vermutet, dass wohl auch deshalb so wenig Angriffe gemeldet werden.

Neben der Anerkennung der eigenen Inkompetenz zur Lösung der Situation bedarf es der Anerkennung der Kompetenz der Helfer. Helfende Berufe sind traditionell mit Amtsbefugnis ausgestattet und genießen grundsätzlich ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung. In Umfragen von Markt- und Meinungsforschungsinstituten rangieren sie meist

⁷ Schätzungsweise mehr als die Hälfte der Angreifer stehen unter Einfluss toxischer Substanzen. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 325)

auf den ersten Plätzen. Beispielsweise befragte der GfK Verein im Herbst 2017 deutschlandweit über 2000 Menschen nach ihrem Vertrauen in verschiedene Berufsgruppen. Feuerwehrleute, Sanitäter und Pflegeberufe schnitten am besten ab. 96 % bewerteten diese Berufe als vertrauenswürdig. Im Vergleich zur Befragung von 2016 bleibt das Vertrauen in die Einsatzkräfte damit stabil hoch. (vgl. GfK Verein 2018) Das Meinungsforschungsinstitut Kantar ging methodisch etwas anders vor. In seiner Untersuchung wurden gut 1000 Wahlberechtigte in Deutschland nach ihrer Meinung, wie viel Respekt eine benannte Berufsgruppe in der Gesellschaft genießt, befragt. Es ging nicht um die eigene Position, sondern um die erwartete Position anderer. Mit dieser indirekten Befragungsform sollten Effekte der sozialen Erwünschtheit begrenzt werden. In Bezug auf Rettungskräfte antworteten 57 % der Befragten, dass sie glauben, ihnen werde sehr viel bis viel Respekt entgegengebracht. Damit rangiert diese Berufsgruppe hinter Hausärzten, Professoren und Richtern auf Rang vier (von zwölf). Ein Viertel der Befragten glaubt, dass es früher mehr Respekt vor Rettungskräften gab, 15 % denken, der Respekt sei gestiegen. (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2019)

Während den Einsatzkräften in solch abstrakten Umfragen relativ viel Vertrauen entgegengebracht wird, klagen viele Helfer über fehlenden Respekt in konkreten Einsatzsituationen. Pörksen spricht von einem allgemeinen Pulverisieren von Autorität und Ansehen, was er mit der digitalisierten Gesellschaft in Verbindung bringt. Autorität ist angreifbar geworden, weil alles sichtbar ist. Es werde permanent beobachtet, gefilmt und videografiert. Das, was verborgen bleiben soll, werde überbelichtet. Autorität benötige jedoch ein gewisses Maß an Distanz, denn allzu große Nähe und Nahbarkeit entzaubert und profaniert. (vgl. 2019: 92ff.) Die mediale Präsenz von Fehlern und das kollektive Verspotten von Fehlleistungen in den sozialen Medien kann zu einem generellen Autoritätsverlust gegenüber Einsatzkräften führen und das grundsätzliche Vertrauen in die Kompetenz der Helfer nachhaltig schädigen. Wenn aus Autorität resultierende Macht in Gefahr ist, so stellte bereits Hanna Arendt heraus, kann es zum Auftreten von Gewalt kommen (vgl. 1990: 57). Der Einfluss eines möglichen Autoritätsverlusts auf die Gewaltentwicklung im Kontext von Brand-, Rettungs- und Hilfeinsätzen betrifft aber nicht nur Angriffe, die von Hilfsbedürftigen ausgehen, sondern gilt genauso für andere Beteiligtenformen.

4.3 Gewalt von indirekt Betroffenen und Unbeteiligten

Die Durchführung von Hilfeleistungen geht oft mit der Erfordernis einher, den Einsatzort weiträumig abzusperren, um Menschen, die selbst keine Hilfe benötigen, vor Gefahren zu schützen. Indirekt von den Maßnahmen der Einsatzkräfte Betroffene werden so vorübergehend in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Eine Erklärung für Angriffe, die von dieser Personengruppe ausgehen, bietet eine Untersuchung des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Ein Viertel der Bevölkerung glaubt, in der Gesellschaft ginge es um Wettbewerb (marktförmige Gesellschaftsidee), so der Institutsleiter Andreas Zick. Einzelinteressen haben bei diesen Menschen Vorrang vor allgemeinwohlorientierten Prinzipien. Retter und andere Berufe, die öffentliche Aufgaben erfüllen, werden als Dienstleister wahrgenommen. Liefern sie nicht ab oder stören sie das eigene Erleben, kann es zu Frustration und in dessen Folge zu Aggression kommen. Insbesondere der Straßenverkehr stellt eine individuelle Wettbewerbssituation dar. Wenn der Verkehr stockt, entsteht Frust. (vgl. Zick 2019b)

Allert diagnostiziert der modernen Gesellschaft einen Verlust an Manieren, die den Umgang der Menschen, z. B. im Streit, miteinander moderieren. Den Abweichlern mangelt es an der Fähigkeit zur Perspektivenübernahme und zum hypothetischen Weiterdenken der aktuellen Situation. Handeln wird vom Gegenwartsbezug dominiert. Gründe für diese Entwicklung sieht er im Insistieren auf Souveränität und Autonomie der Person und in einer utilitaristischen, d. h. einer nutzenorientierten, Wahrnehmung sozialer Beziehungen. Höflichkeit gerät in den Verdacht, strategisch täuschend eingesetzt zu werden. Mögliche Folge dessen kann ein generalisiertes Misstrauen gegen parlamentarische Regierungssysteme und staatliche Gewalten sein. (vgl. Allert 2019) Gewalt stellt unter diesen Bedingungen eine Möglichkeit dar, sich authentisch zu geben und sich dem generalisierten Verdacht strategischer Höflichkeit zu entziehen. Insbesondere in Gruppen von Schaulustigen, die eine gute Möglichkeit bieten, sich Anerkennung durch vermeintliche Authentizität zu verschaffen, gewinnt dieser Erklärungsansatz an Bedeutung.

4.4 Verhalten der Einsatzkräfte

In der Forschungsliteratur wird auch auf fehlende Sensibilität der Einsatzkräfte als Einflussfaktor für die Entstehung von Gewalt hingewiesen. In einer Expertenbefragung von Schmidt thematisieren einzelne Interviewpartner eine gewisse Routine im Sinne von Abgestumpftheit und mangelnde Kommunikation der Einsatzkräfte untereinander sowie mit dem Patienten. Patienten würden sich zum Teil nicht ernst genommen, beleidigt oder gar bedroht fühlen. (vgl. Schmidt 2012: 31) Auch Dressler problematisiert das Verhalten einzelner Rettungskräfte. Sie resümiert: „Mitarbeiter, die über die Jahre abgestumpft sind oder die Sozialkompetenz nicht zu ihren größten Stärken zählen, haben ein höheres Risiko, mehrfach Ziel von Aggressionen und Gewalthandlungen zu werden.“ (2017: 6) Die gravierenden Angriffe fänden aber meist ohne Eigenanteil der Einsatzkräfte statt.

Neben individuellen kommunikativen Defiziten können auch organisationskulturell geprägte Kommunikations- und Streitstrukturen Gewaltdynamiken negativ beeinflussen. Die wenigen Untersuchungen zur Organisationskultur im Rettungswesen lassen für den Bereich der Feuerwehr eine tendenziell von Dominanz und Unterordnung geprägte interne Kultur vermuten. Yildirim-Krannig/Mähler/Wucholt charakterisieren den Führungsstil innerhalb der Feuerwehr als befehlsgebend (vgl. 2013). Ein Team der Universität Witten/Herdecke kommt zu dem Schluss, dass bestimmte Begriffe, die zum Alltag der Kommunikation innerhalb der Feuerwehr gehören, den Eindruck von paramilitärischen Strukturen erwecken (z. B. „Kameradschaft“, „Trupp“) und eine unter Umständen raue Kommunikation vorherrsche. Es bedürfe mehr Partizipation und Transparenz über die hierarchischen Ebenen hinweg, Führungskräfte, die in Personalführung ausgebildet seien, und einer gelebten Diversität und Offenheit. Die Freiwillige Feuerwehr müsse von ihrem „Jammer-Image“ wegkommen und selbstbewusst und offen auftreten. (vgl. Universität Witten/Herdecke o. J.) Die interne Kommunikationskultur kann zum Problem werden, wenn sie auch im Außenverhältnis wirksam wird. Sowohl ein dominanter als auch ein zurückhaltender Kommunikationsstil kann zu Konflikten führen und die Anwendung von Gewalt befördern.

5 Handlungsempfehlungen und Prävention

In der Literatur werden Präventionsmaßnahmen auf individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Ebene diskutiert. Es konnten keine veröffentlichten Evaluationsstudien über deren Wirksamkeit gefunden werden.

5.1 Stärkung von Handlungskompetenzen

Etwa die Hälfte der Einsatzkräfte fühlt sich schlecht oder gar nicht auf Konfliktsituationen vorbereitet. Es wird angeraten, Aus- und Fortbildungsangebote zur Entwicklung und zum Ausbau von Kommunikations- und Deeskalationskompetenzen zu schaffen bzw. zu verstärken. Entsprechende Seminare und Trainings sollten praxisnah angelegt sein, operative Kompetenzen fördern und regelmäßig stattfinden. (vgl. Schmidt 2012: 21ff., Rau/Leuschner 2018: 327ff.) Der Auf- und Ausbau des Meldesystems kann als Datengrundlage für eine gezielte Aus- und Fortbildung genutzt werden.

Für inhaltlich bedeutsam werden die Reflexion der eigenen Kommunikation und Körpersprache sowie deren Wirkung gegenüber Dritten, Maßnahmen der Eigensicherung (Wachsamkeit, Gefahrenerkennung, geordneter Rückzug, Selbstverteidigung), Interkulturalität und rechtliche Problematiken erachtet. (vgl. Schmidt/Bannenber 2020: 33, 45) Es sei wichtig, dass sich Rettungskräfte bei aller Alltagsroutine und persönlicher Verfasstheit nicht zu „dummen Sprüchen“ hinreißen lassen und damit Gewalt provozieren und dass sie klar mit dem Patienten kommunizieren sowie die Gründe für ihr Vorgehen erläutern. (vgl. Schmidt 2012: 31). In Bezug auf die Eigensicherung wurde vorgeschlagen, „den Einsatz so zu organisieren, dass sich ein Rettungssanitäter aus der Behandlung des Patienten heraushält und stattdessen die Situation und die beteiligten Personen im Blick behält“. (ebd. 32)

5.2 Technischer Schutz

Maßnahmen technischer Art, wie Kameraüberwachung, Sicherheitsverglasung an Fahrzeugen oder Schutzwesten, werden kontrovers diskutiert. In der Befragung von

Schmidt befürworten lediglich 18 % der Einsatzkräfte das Tragen einer Schutzweste. Es wird kritisiert, dass Schutzausrüstung auch bedrohlich wirken kann.

5.3 Zusammenarbeit

Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes bemängeln häufig fehlende Kenntnisse über die Einsatztaktik der Polizei (vgl. Schmidt/Bannenberg 2020: 45). Eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Helfern und eine Sensibilisierung der Rettungskräfte für Geheimhaltungsaspekte polizeilicher Einsatztaktiken können zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Informationsvermittlung zwischen Anrufer, Leitstelle und Einsatzkraft. Die Mehrheit der Rettungskräfte vermisst konkrete Angaben zur Einsatzsituation. Darin könnte u. a. der Grund für die überwiegend als überraschend wahrgenommenen Angriffe liegen. Lorei u. a. weisen darauf hin, dass sich für den Polizeibereich gezeigt hat, dass adäquate Vorabinformationen zu den Gegebenheiten am Einsatzort einen Übergriff zwar nicht immer verhindern, aber die Schwere der Folgen reduzieren können (vgl. 2019: 63).

5.4 Öffentlichkeitsarbeit

Eine offensive Kommunikation von Gewalterfahrungen nach innen und außen kann zur Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen (vgl. Rau/Leuschner 2018: 329). Die Herstellung gemeinschaftlicher Bezüge, beispielsweise in Form eines Tags der offenen Tür, kann das solidarische Miteinander stärken. Eine faktisch wirksame Perspektivenübernahme der Menschen wäre eine Maxime für die Gestaltung alltäglicher Begegnungen, die zu befolgen allen zugutekäme (vgl. Allert 2019: 7). Takt- und Distanzlosigkeit gilt es im Kommunikationsverhalten, insbesondere in den sozialen Medien, zu vermeiden. Sie befördern tendenziell eine Radikalisierung.

6 Fazit

6.1 Entwicklung des Gewaltgeschehens

Die Frage, wie sich das Gewaltgeschehen gegen Einsatzkräfte in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland und Thüringen entwickelt hat, lässt sich mit den vorliegenden Daten und Befunden aus amtlichen Statistiken und kriminologischen Dunkelfelduntersuchungen nicht eindeutig beantworten. Es gibt weder eine deutschland- noch eine thüringenweite wissenschaftliche Langzeituntersuchung. Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist eine Hellfeldstatistik, die im Wesentlichen von der Anzeigebereitschaft abhängt.⁸

Aus den vorliegenden empirischen Daten lassen sich folgende Thesen ableiten:

- Einsatzkräfte erfahren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger Gewalt.
- Einfache Körperverletzungsdelikte nehmen nur beim Rettungsdienst kontinuierlich zu. Bei der Feuerwehr sind sie auf geringem Niveau über die Jahre stabil. Inwiefern die Kriminalitätszunahme auf eine Gewaltzunahme zurückzuführen ist, bleibt fraglich.⁹ Sie könnte ebenso gut in einer höheren Anzeigebereitschaft der Einsatzkräfte begründet liegen.
- Die Zunahme an Körperverletzungen geht in Thüringen mit einer Zunahme an Einsätzen einher, so dass die Fallzahlen in Relation zur Einsatzanzahl vermutlich nicht ansteigen.
- Schwere und gefährliche Körperverletzungen bleiben über die Jahre auf einem relativ stabilen, niedrigen Level.
- Einsatzkräfte sind unterschiedlich stark von Gewalt betroffen, in städtischen Gebieten und im Rettungseinsatz häufiger als im ländlichen Bereich und im Brandeinsatz.
- Die Anzeigebereitschaft ist gering. Viele Übergriffe werden nicht angezeigt.

⁸ Zu den Einschränkungen der Aussagekraft der PKS vgl. Dienstbühl 2018.

⁹ Feltes/Weigert konnten in NRW bei den Rettungsdiensten keine Steigerung der Gewalthäufigkeit zwischen 2012 und 2018 feststellen.

- Die Kriminalitätsfurcht der Einsatzkräfte in Bezug auf Körperverletzungen unterscheidet sich nicht von der der Allgemeinbevölkerung.

Öffentlich bekundete Aussagen über eine Zunahme der Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes können im Rahmen dieser Untersuchung weder bestätigt, noch zweifelsfrei widerlegt werden. Ein häufig gefordertes verpflichtendes Meldesystem über Angriffe würde das Erkenntnisproblem nicht lösen, weil es analog der PKS von der individuellen Situationsbewertung bestimmt werden würde, die wesentlich von der eigenen Vulnerabilität und Professionalität sowie aktuell vorherrschenden organisationalen und öffentlichen Deutungsmustern abhängt. Um evidenzbasierte kriminalpolitische Entscheidungen treffen zu können, würde es wissenschaftlich angelegte Langzeitstudien mit vergleichbaren Untersuchungsdesigns bedürfen.

Dass Einsatzkräfte trotz stärkerer Gewaltbetroffenheit keine größere Kriminalitätsfurcht im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung zeigen, verweist darauf, dass körperliche Angriffe bis zu einem gewissen Maß hingenommen und nicht problematisiert werden. Dafür würde die geringe Anzeigebereitschaft sprechen, die alternativ jedoch auch durch ein fehlendes Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte bzw. die Erwartung einer Verfahrenseinstellung motiviert sein kann.

6.2 Entstehung von Gewalt

Gewaltursachen und -dynamiken sind sehr vielfältig. Ein und dieselbe Ursache kann, muss aber nicht in Gewalt münden und ein und dieselbe Gewaltform kann unterschiedliche Gründe haben. In der Literatur wird Gewalt gegen Einsatzkräfte mit einem zunehmenden Bedürfnis nach Unabhängigkeit und Autonomie der Menschen, fehlender Langsicht in den Handlungsketten, einer nutzenorientierten Handlungsweise und Beziehungsbewertung sowie einem allgemeinen Autoritäts- und Manierenverlust in der Gesellschaft erklärt. Die individuelle Abstumpfung einzelner Retter sowie ein organisationskulturell bedingter dominanter oder zurückhaltender Kommunikationsstil können die Gewaltdynamik ebenfalls negativ beeinflussen.

Ein Forschungsdefizit besteht in fehlenden Einzelfallrekonstruktionen, die der Eigen-
dynamik gewalttätiger Verläufe gerecht werden. Es dominieren quantitative For-
schungsansätze, in denen vorab definierte Kriterien nach ihrem Auftreten abgefragt
werden. Untersuchungen einzelner Handlungssequenzen der Gewaltverläufe finden
sich kaum. Ein großes Problem, vor dem die Gewaltforschung steht, ist der Umstand,
dass Gewalt selten auftritt. Unter forschungsökonomischen Gesichtspunkten ist es
kaum vertretbar, auf „die Nadel im Heuhaufen“ – sprich auf das direkte Beobachten
und Protokollieren von Gewalt – zu warten, von damit in Zusammenhang stehenden
ethischen Problemen ganz zu schweigen. Die Befragung der Beteiligten bleibt oft der
einzige Weg, Erkenntnisse zu Tage zu fördern. In der Forschungsliteratur dominieren
Befragungen von Einsatzkräften. Täterbefragungen konnten bei der Literatursichtung
nicht gefunden werden.

6.3 Handlungsempfehlungen und Präventionsmaßnahmen

Etwa 70 % der Angriffe auf Rettungskräfte gehen von den behandelten Personen aus
und ca. 20 % von deren Angehörigen. Nur etwa 10 % der Angreifer fallen auf Unbetei-
ligte und Schaulustige. (vgl. Rau/Leuschner 2018: 324f., Schmidt 2012: 14, Fel-
tes/Weigert 2018: 37). Eine entscheidende Präventionsmaßnahme wird deshalb in ei-
ner stärkeren Professionalisierung der Einsatzkräfte im Bereich persönlicher und kom-
munikativer Kompetenzen gesehen. Ein erster Schritt ist mit der Verabschiedung des
Notfallsanitätergesetzes im Jahr 2014 getan. Es regelt eine um ein Jahr verlängerte
Ausbildung gegenüber dem vorherigen Beruf des Rettungsassistenten und ermög-
lichte die Verabschiedung einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, die auch per-
sonale und soziale Kompetenzstärkung beinhaltet. Ein qualifiziertes Notrufmanage-
ment, eine bessere Zusammenarbeit mit der Polizei und ein offener, partizipativer
Kommunikationsstil inner- und außerhalb der Wachen kann Gewalt ebenfalls vorbeu-
gen.

Auffällig ist eine Diskrepanz zwischen Gewalterklärungen und vorgeschlagenen Prä-
ventionsmaßnahmen. Während sich die Handlungsempfehlungen stark auf die Ein-
satzkräfte fokussieren, werden in den wissenschaftlichen Erklärungen vor allem ge-
samtgesellschaftliche Entwicklungen für verbale und körperliche Angriffe auf Einsatz-

kräfte verantwortlich gemacht. Dies mag am Gegenstandsbereich der Sozialwissenschaften liegen, kann aber für die Präventionsarbeit nicht ignoriert werden. Vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte vor Übergriffen müssen in eine gesamtgesellschaftliche Strategie der Gewaltprävention eingebunden werden. Sie können nicht isoliert von anderen Gewaltformen in der Gesellschaft betrachtet werden.¹⁰

¹⁰ Vgl. hierzu auch Zick 2019b. In einem Interview bemerkt er, dass es keinen Sinn mache, nach bestimmten Opfergruppen zu differenzieren. Das Sorge nur dafür, dass bestimmte Gewaltformen nicht sanktioniert werden.

II. Teil: Befragung Thüringer Einsatzkräfte

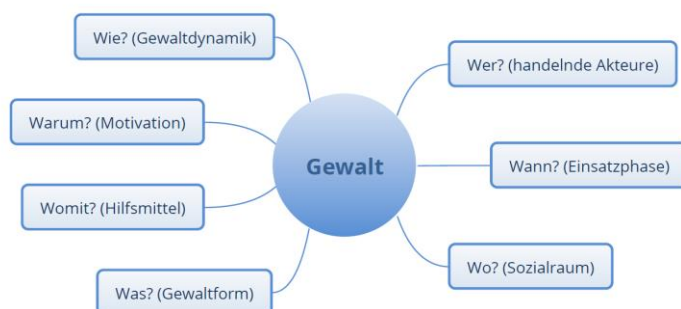
1 Theoretische Vorbemerkungen

Die Bestandsaufnahme zur Datenlage über kriminogene und präventive Faktoren gewalttätiger Übergriffe auf Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in Thüringen offenbart ein Defizit an empirischen Erkenntnissen. Die Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes“ (AG FW/RD) des Landespräventionsrats Thüringen entschloss sich deshalb, eine Erhebung über die Situation in Thüringen durchzuführen. Dabei steht weniger das quantitative Ausmaß gewalttätiger Übergriffe im Mittelpunkt. Vielmehr sollen typische Gewaltverläufe und Situationsbedingungen identifiziert werden, um das Auftreten des Phänomens in Thüringen bewerten und gegebenenfalls geeignete präventive Maßnahmen entwickeln bzw. empfehlen zu können.

Bevor die Ergebnisse der Erhebung dargelegt und diskutiert werden, erfolgen zunächst Anmerkungen zum **theoretischen Bezugsrahmen und methodischen Vorgehen**.

Der Untersuchung liegt ein enger Gewaltbegriff zu Grunde, der auf physische Angriffsformen abzielt.

Gewalt ist ein vielschichtiges Phänomen. Im Rahmen der Erhebung stehen folgende Dimensionen im Mittelpunkt.



Wer handelt?

Neben sozialstrukturellen Kategorien, wie Geschlecht, Alter, Beruf, spielen auch Formen der Beteiligung (Hilfsbedürftiger/Patient, indirekt Betroffener oder Unbeteiligter) sowie psychosomatische Besonderheiten (Intoxikation, psychische Erkrankung etc.) eine Rolle.

Wann geschieht Gewalt?

Von Interesse sind weniger zeitliche Faktoren als sequenzlogische. Gewalt tritt möglicherweise in bestimmten Einsatzphasen häufiger auf als in anderen oder kann eine Reaktion auf berufsspezifische Interaktionsrituale/-muster der Einsatzkräfte sein.

Wo findet Gewalt statt?

Gewalt geschieht in unterschiedlichen Sozialräumen, die ihre Dynamik mitbestimmen. Sie kann in der Öffentlichkeit oder im Privaten, in Städten oder auf dem Land, in Ortszentren oder in der Peripherie, sichtbar oder unsichtbar usw. stattfinden.

Was geschieht?

Gewalt kann unterschiedlich schwer ausgeübt werden und unterschiedlich schwere Folgen nach sich ziehen. Sie kann gegenüber Dritten kommuniziert oder verschwiegen werden. Sie kann einem häufig oder selten widerfahren. In jedem Fall entwickelt sie eine eigene Dynamik.

Wie wird Gewalt ausgeübt?

Unter dem Oberbegriff „Gewalt“ werden höchst unterschiedliche Handlungsformen subsumiert. Gewaltkonzepte unterscheiden zwischen körperlicher, verbaler, symbolischer, epistemischer oder struktureller Gewalt. Dieser Erhebung liegt ein körperlicher Gewaltbegriff zu Grunde.

Womit wird Gewalt ausgeübt?

Körperliche Gewalt kann unter Inanspruchnahme des eigenen Körpers (z. B. treten, schlagen, stoßen), mit Hilfsmitteln (z. B. Stock, Haushaltsgegenstand, Stein etc.), Waffen (z. B. Messer, Axt, Schlagring) oder Schusswaffen (z. B. Pistole, Maschinengewehr, Bolzenschussgerät) ausgeübt werden.

Warum wird Gewalt ausgeübt?

Den einen Grund wird es vermutlich nicht geben. Gewalt ist immer ein Konglomerat aus Situationsbedingungen, sozialen Konstellationen und individuellen Motiven. In Abhängigkeit normativer Erwartungen kann Gewalt als legal oder illegal bzw. legitim oder illegitim kategorisiert werden.

Die **Datenerhebung** erfolgt mittels Befragung. Auf eine Beobachtung wird wegen der Seltenheit des Phänomens und dem damit verbundenen forschungsökonomischen Aufwand verzichtet. Eine Dokumentenanalyse, beispielsweise von Gerichtsakten oder Einsatztagebüchern, wäre eine geeignete Alternative. Sie wurde verworfen, weil aufgrund des eingeschränkten Anzeige- und Meldeverhaltens der Einsatzkräfte nur eine geringe Datenbasis zu erwarten gewesen wäre. Zudem hätte die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zu einem erheblichen Mehraufwand geführt.

Die Mitglieder der AG FW/RD entwickelten gemeinsam einen Fragebogen, mit dem möglichst viele Gewaltdimensionen erfasst werden können (vgl. Anlage 1). Er richtet sich an thüringische Einsatzkräfte, die während ihrer Dienstverrichtung schon einmal körperlich angegriffen wurden. Um Gewaltdynamiken erschließen zu können, wurde ein Freitextfeld eingefügt, indem die Befragten den Eskalationsverlauf stichpunktartig schildern können. Darüber hinaus haben die Einsatzkräfte die Möglichkeit, sich für ein Interview bereit zu erklären und ihre Erreichbarkeit zu hinterlassen.

Im Entwicklungsprozess des Fragebogens wurde die Datenschutzproblematik aufgeworfen. Einsatzkräfte, die sich für ein Interview bereit erklären, werden gebeten, ihre Erreichbarkeit auf dem Bogen zu hinterlassen. Da es sich bei einer Telefonnummer oder einer E-Mail-Adresse um ein personenbezogenes Datum handelt, bedarf es aus rechtlicher Perspektive der Zustimmung des Betroffenen. Aus diesem Grund wurde dem Fragebogen eine auszufüllende datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung beigefügt. (vgl. Anlage 2) Dies führt zu der paradoxen Situation, dass der Befragte durch Ausfüllen der Erklärung mehr personenbezogene Daten von sich preisgibt als ohne diese Erklärung.

Die **Befragung** fand im Zeitraum November 2019 bis Mai 2020 statt. Die Stichprobenauswahl erfolgte intendiert. Um möglichst viele Einsatzkräfte zu erreichen, wurde der Fragebogen an Verantwortliche von DRK, THW, des Thüringer Feuerwehrverbandes, der Psychosozialen Notfallversorgung Thüringen, der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule, der Rettungsdienstschule, des

DRK-Bildungswerks, des Bundesverbands eigenständiger Rettungsdienste und Katastrophenschutz e. V. sowie der Feuerwehr-Unfallkasse Mitte mit der Bitte um Steuerung innerhalb der eigenen Organisationsstrukturen versandt und auf der Website des Landespräventionsrats¹¹ als Onlineversion veröffentlicht.

Darüber hinaus führte die Geschäftsstelle des Landespräventionsrats Thüringen in verschiedenen Einrichtungen des Rettungs- und Feuerwehrdienstes Veranstaltungen durch, in denen für das Thema sensibilisiert und für eine Teilnahme an der Befragung geworben wurde. Auf diesem Weg konnten schätzungsweise 450 bis 500 Einsatzkräfte erreicht werden.

Die **Auswertung** des Fragebogens erfolgte mittels Microsoft Excel. Die Freitexte wurden theoretisch angeleitet analysiert und vergleichend gruppiert. Sie wurden um zwei aussagekräftige Pressemeldungen aus dem Erhebungszeitraum ergänzt, um den Sättigungsgrad zu erhöhen.

2 Ergebnisse

Rücklauf und Zusammensetzung der Stichprobe

Es beteiligten sich 25 Einsatzkräfte an der Befragung. Die Beteiligung liegt damit auf einem sehr niedrigen Niveau. Gründe dafür können im Untersuchungsdesign, in einem Desinteresse der Einsatzkräfte an der Thematik oder in der Seltenheit des Auftretens von Gewalt liegen.

Im Untersuchungsdesign begründete Auswirkungen auf die geringe Beteiligung könnten mit Vorbehalten gegenüber dem zuständigen Ministerium oder mit einer eingeschränkten Anonymität aufgrund der beigefügten datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung¹² in Zusammenhang stehen. Die letzten beiden Monaten des Erhebungszeitraumes waren von der COVID-19-Pandemie geprägt, die gerade die Einsatzkräfte in besonderer Weise forderte und zu einer Fokussierung auf die Risiken der Pandemie geführt haben könnte.

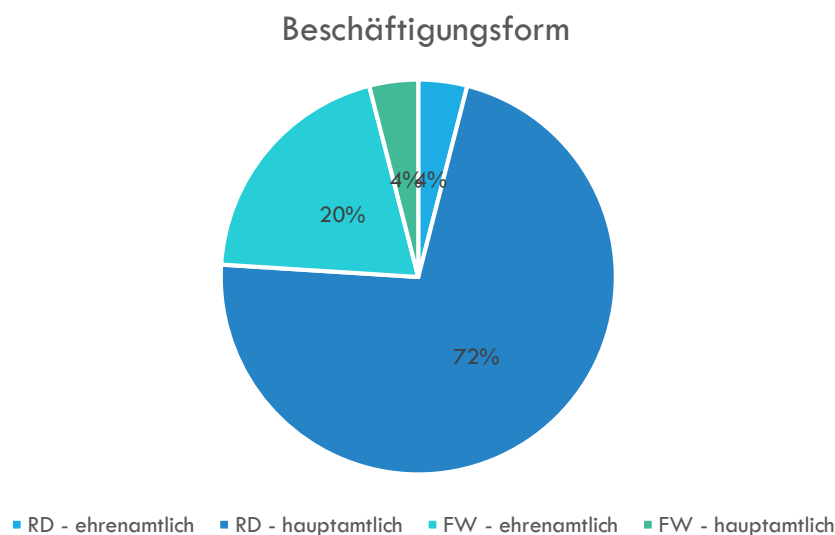
¹¹ Vgl. <https://www.lpr-thueringen.de/arbeitsgruppen/gewalt-gegen-einsatzkraefte-der-feuerwehren-und-rettungsdienste/>

¹² Jedoch erscheint dieser Grund weniger wahrscheinlich. Der Fragebogen hätte auch ohne Ausfüllen der Einwilligungserklärung zurückgeschickt werden können.

Im Falle eines Desinteresses der Einsatzkräfte an der Thematik würde die geringe Beteiligung bedeuten, dass körperliche Angriffe für sie kein Problem darstellen, sie resigniert haben oder nicht erwarten, dass sich die Situation durch die Befragung ändern wird, oder sie bereits eigene Routinen/Copingstrategien im Umgang mit Gewalt entwickelt haben und keiner Lösung „von oben“ bedürfen.

Falls der Grund für die geringe Beteiligung darin besteht, dass nur sehr wenige Einsatzkräfte körperliche Gewalt erfahren haben, würde die Situation in Thüringen sehr stark von anderen Regionen abweichen. Dunkelfelduntersuchungen legen nahe, dass jährlich zwischen 13 % und 84 % der Einsatzkräfte von körperlicher Gewalt betroffen sind.

Von den 25 Befragten sind etwa zwei Drittel männlich (n = 16) und ein Drittel weiblich (n = 9). 19 Personen arbeiten im Rettungsdienst (18 hauptamtlich, eine nebenamtlich) und sechs in der Feuerwehr (eine hauptamtlich und fünf ehrenamtlich).



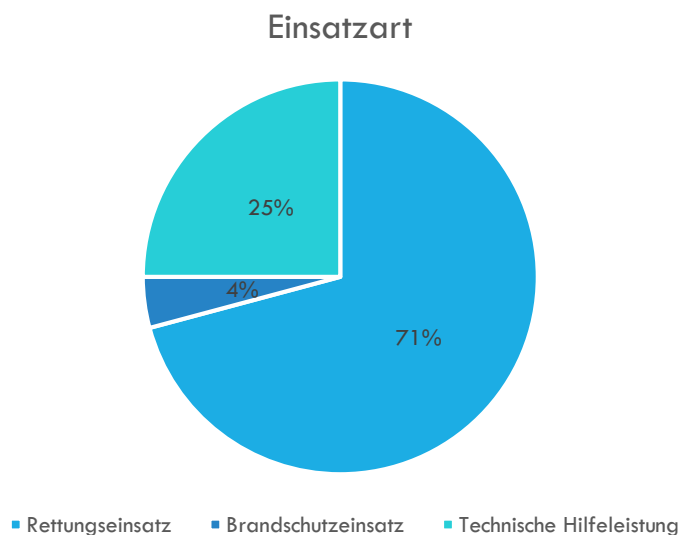
Dieses Verhältnis kann als Indiz dafür gewertet werden, dass auch in Thüringen der Rettungsdienst stärker von Gewalt betroffen ist als die Feuerwehr – zumindest was die absoluten Fallzahlen betrifft. Da es der Erhebung aufgrund der Stichprobenauswahl und der geringen Beteiligung jedoch an Repräsentativität fehlt, ist eine Verallgemeinerung methodisch unzulässig.

Der überwiegende Teil der Befragten ist zwischen 20 und 35 Jahren alt (n = 17). Jeweils vier Personen sind unter 20 Jahre bzw. zwischen 36 und 50 Jahren alt. Auffällig ist, dass zwei Drittel der Befragungsteilnehmer weniger als fünf Dienstjahre aufweisen

(n = 18). Dieses Ergebnis ist entweder auf den Befragungsort einer (Aus-)Bildungseinrichtung zurückzuführen oder verweist auf den gewaltschützenden Einfluss einer Professionalisierung, die für Berufsnovizen noch nicht anzunehmen ist.

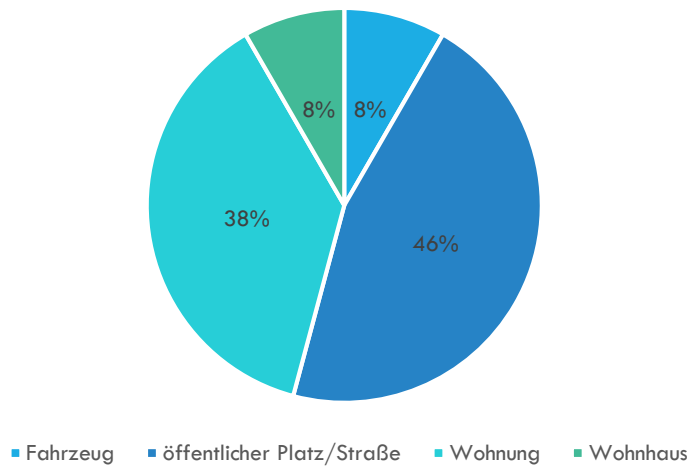
Angriffssituation

Etwa die Hälfte der befragten Einsatzkräfte wurde in ihrem Berufsleben mehr als einmal, jedoch nicht mehr als fünfmal, körperlich attackiert. Zwei Drittel der Angriffe erfolgten im Rettungseinsatz (n = 17) und ein Drittel im technischen Hilfeinsatz (n = 6). Im Brandschutzeinsatz wurde nur eine Person angegriffen.



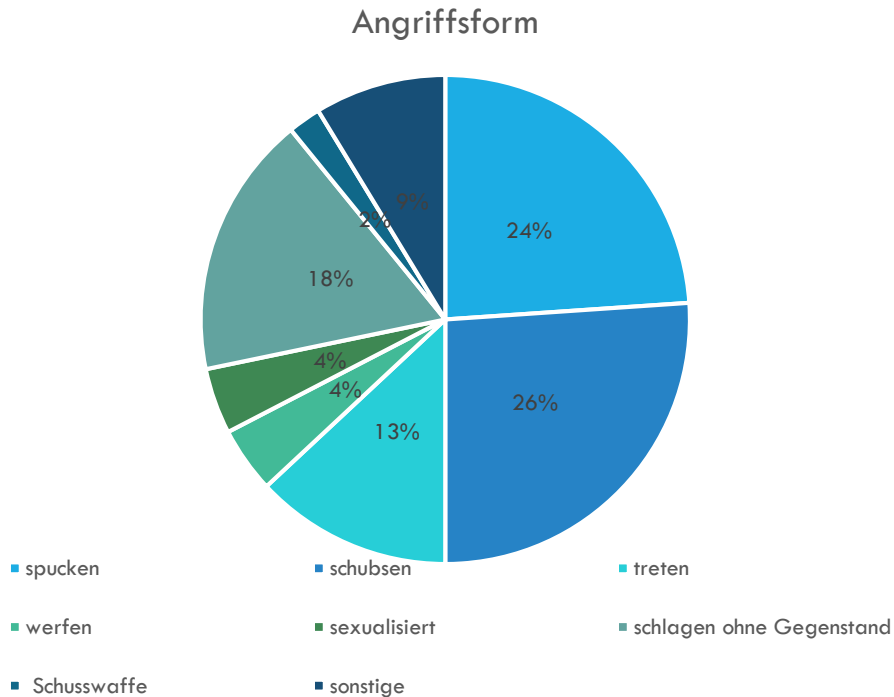
Die Ereignisorte befanden sich überwiegend innerhalb von Ortschaften (n = 20) und dort etwa gleichverteilt auf öffentlichen Plätzen/Straßen (n = 11) und in Wohnungen (n = 9).

Ereignisort



In der Hälfte der Gewaltsituationen waren zwei bis fünf unbeteiligte Personen vor Ort. In jeweils einem Viertel waren keine bzw. fünf bis zehn Unbeteiligte anwesend. Dieses Ergebnis könnte darauf verweisen, dass Gewalt in Anwesenheit weniger Dritter häufiger ausgeübt wird.

Die Angriffe waren überwiegend von leichter Art (spucken: $n = 11$, schubsen: $n = 12$, schlagen: $n = 8$, treten: $n = 6$). In jeweils zwei Fällen wurden Einsatzkräfte mit Gegenständen beworfen bzw. sexualisiert angegriffen. Hieb- und Stichwaffen oder sonstige Gegenständen wurden nicht eingesetzt. In einem Fall kam es zum Einsatz einer Schusswaffe.



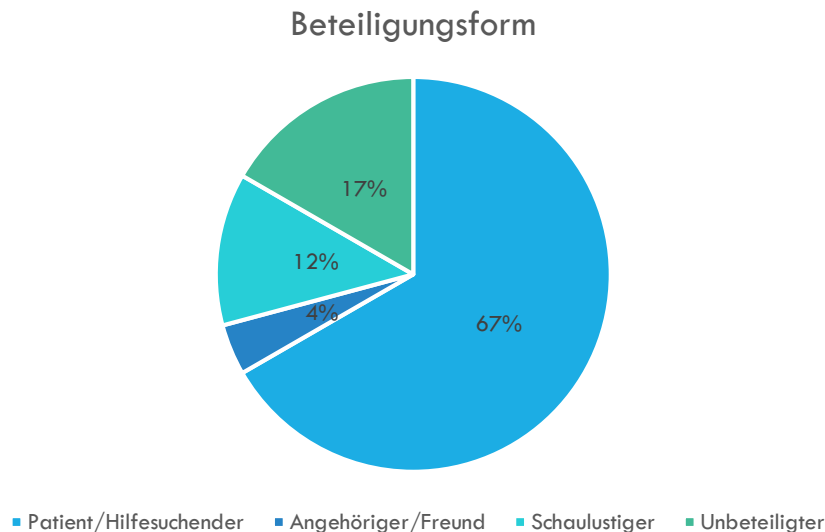
Bis auf drei Einsatzkräfte, die leicht verletzt wurden, blieben alle Befragten unverletzt (n = 22).

Über die Hälfte der angegriffenen Einsatzkräfte informierte ihre Vorgesetzten *nicht* über den Vorfall (n = 14). Lediglich eine Person erstatte eine Meldung bei der Unfallkasse. In zwei Dritteln der Fälle trauten sich die Angegriffenen Kollegen an (n = 15) und in knapp der Hälfte aller körperlichen Übergriffe erstatteten sie Anzeige bei der Polizei (n = 11).

Angreifer

Mit einer Ausnahme handelten die Angreifer in allen Fällen allein. Drei Viertel von ihnen waren männlich (n = 19). Zwei Drittel standen augenscheinlich unter Alkohol- oder Drogeneinfluss (n = 15).

Die Angriffe gingen zu zwei Dritteln von den Hilfsbedürftigen aus (n = 16). In vier Fällen wurden die Einsatzkräfte durch unbeteiligte Betroffene, in drei Fällen durch Schaulustige und in einem Fall durch einen Angehörigen des Patienten attackiert.



Gewaltverlauf

Von den 25 eingesendeten Fragebögen enthielten 21 Freitextangaben zum Ablauf des Gewaltgeschehens. Vier Befragungsteilnehmer stellen sich für ein Interview zur Verfügung. Die Gewaltverläufe von Feuerwehrangehörigen und Rettungsdiensten werden getrennt voneinander ausgewertet und um zwei aussagekräftige Schilderungen aus der Tagespresse ergänzt. Damit ergibt sich insgesamt eine Fallbasis von 23 Fällen.

Feuerwehr (n = 11, davon 2 x Presse)

Feuerwehrangehörige erfahren körperliche Angriffe v. a. im Rahmen technischer Hilfeleistungen. Die Gewalt geht fast immer von Unbeteiligten bzw. indirekt Betroffenen aus, die in etwa der Hälfte aller Fälle alkoholisiert erschienen. Verletzt wurde bei den Übergriffen niemand. Es lassen sich drei Verlaufstypen identifizieren.

(1) Angriffe in Zusammenhang mit dem Straßenverkehr (n = 6, davon 1 x Presse)

Fälle dieser Untergruppe kennzeichnet, dass Fahrzeugführer durch Maßnahmen der Feuerwehr an ihrer Weiterfahrt gehindert werden bzw. aufgefordert werden, ihr Fahrzeug aus dem Einsatzraum zu entfernen. Mit Ausnahme eines Falls ist eine Eskalationsdynamik erkennbar, die damit beginnt, dass die Angreifer ihren Unmut über die Absperrung oder Weisung der Feuerwehrangehörigen äußern, sie beschimpfen, bedrohen und schließlich

anrenmpeln, schubsen, schlagen oder bespucken. In zwei Fällen fuhren die Täter mit ihren Fahrzeugen auf Einsatzkräfte zu. In einem Fall konnte sich der Feuerwehrangehörige durch einen Sprung zur Seite retten, im anderen Fall wurde er leicht touchiert und durch einen Kollegen aus dem Gefahrenbereich gezogen, so dass eine schlimmere Verletzung verhindert werden konnte. Alle Angreifer beendeten den Übergriff selbständig und entfernten sich rasch vom Ort des Geschehens.

(2) Angriffe durch Schaulustige (n = 2, davon 1 x Presse)

Dieser Gewalttyp ist durch eine stetig zunehmende Provokation durch Schaulustige gekennzeichnet. Den Angriffen gehen Pöbeleien, Bespucken und Flaschenwürfe, auf die seitens der Einsatzkräfte nicht energisch reagiert wird bzw. reagiert werden kann, voraus. Zur Gewaltanwendung kommt es in dem Moment, in dem die Feuerwehrangehörigen sich (möglicherweise zu spät) gegen die Übergriffigkeit der Schaulustigen verbal zur Wehr setzen.

(3) Angriffe durch Hilfsbedürftige (n = 1)

In einem Fall, dem schwerwiegendsten (Bedrohen mit Schusswaffe), erfolgte der Angriff unmittelbar nach einer gewaltsamen Türöffnung durch die Einsatzkräfte. Der Wohnungsinhaber wollte das Betreten seiner Wohnung durch die Feuerwehr verhindern. Sollte es sich bei diesem Gewaltverlauf um eine eigene Typik handeln, was auf Grund des einen Falles nicht erkennbar ist, so wäre sie dadurch gekennzeichnet, dass Gewalt als Mittel gegen das Eindringen in die Privatsphäre angewendet wird.

Rettungsdienst (n = 14)

Angehörige des Rettungsdienstes werden fast ausschließlich von Patienten angegriffen. Nur in zwei Fällen ging Gewalt von einem Angehörigen aus. Gewalt von Unbeteiligten war in den Freitextschilderungen nicht erkennbar. Zwei Retter wurden bei den Angriffen leicht verletzt. Wie bei den Feuerwehrangehörigen ist etwa die Hälfte der Angreifer augenscheinlich alkoholisiert oder steht unter Einfluss berauschender Mittel.

Im Unterschied zu den Gewaltverläufen im technischen Hilfseinsatz sind im Rettungseinsatz weniger ausgeprägte Eskalationsdynamiken erkennbar. Möglicherweise wurden sie durch die Rettungsdienstangehörigen aber auch nicht wahrgenommen, weil sie sich auf die Behandlung der Patienten fokussierten.

Im Rettungseinsatz kristallisieren sich mindestens zwei typische Verlaufsformen von Gewalt heraus, die teilweise in Kombination auftreten.

(1) Gewalt beim Verbringen des Patienten (n = 8)

Gut die Hälfte der Fälle findet in Situationen statt, in denen der Patient auf die Trage/das Rettungstuch, in den RTW, ins Krankenhaus bzw. eine Polizeidienststelle verbracht wird. Gewalt in diesem Kontext kann als Reaktion auf die Einschränkung der Autonomie und/oder als Zeichen für die Uneinsichtigkeit in die eigene Hilfsbedürftigkeit bzw. die Erforderlichkeit der medizinischen Maßnahmen interpretiert werden.

(2) Gewalt in Zusammenhang mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen (n = 3)

In zwei Fällen ist bekannt, dass es zuvor bereits eine körperliche Auseinandersetzung mit Polizeibeamten gab. Im dritten Fall wird diesbezüglich keine Aussage gemacht. Die Gewaltanwendung gegen Angehörige des Rettungsdienstes ist hier möglicherweise auf die bereits vor Eintreffen begonnene Eskalationsdynamik zurückzuführen.

(3) Sonstige Angriffe (n = 7)

Auch hier kommt es zu Überschneidungen mit den beiden vorherigen Verlaufstypen. In einem Fall eskalierte die Situation, weil der Patient der Aufforderung der Sanitäter, ein bestimmtes Verhalten zu unterlassen, nicht nachkam. Nachdem er beleidigend und aus dem RTW verwiesen wurde, wendete er Gewalt an. In einem anderen Fall versuchte ein Angehöriger die Sanitäter gewaltsam aus der Wohnung zu drängen, in die er sie zuvor gerufen hat. Zweimal erfolgte Gewalt während der Behandlung nach Aufklären eines alkoholisierten Patienten. Ein anderes Mal ging es dem Patienten nicht schnell genug und er zeigte sich nicht einverstanden mit der Diagnosestellung. In zwei Fällen kam es ohne erkennbaren Grund zur Gewaltanwendung.

3 Fazit

Die Befragungsergebnisse bestätigen im Wesentlichen die bereits bekannten Daten und Befunde. Auch in Thüringen scheinen Angriffe öfter im Rettungs- als im Brandschutzeinsatz stattzufinden. Feuerwehrangehörige sind eher bei technischen Hilfeleistungen als bei Löscharbeiten von Gewalt betroffen. Schwere Angriffe mit Waffen oder Gegenständen stellen eine Seltenheit dar. Die Anzeigebereitschaft liegt mit ca. 50 % über dem Durchschnitt anderer Untersuchungen. Der Anteil augenscheinlich alkoholierter bzw. unter Drogeneinfluss stehender Angreifer entspricht ebenfalls den bisherigen Kenntnissen. Ebenso bestätigt sich der Befund, dass Gewalt überwiegend durch Hilfsbedürftige/Patienten angewendet wird und nur selten Unbeteiligte und Schaulustige Einsatzkräfte angreifen.

Das Hauptanliegen der Befragung lag in der Identifizierung typischer Gewaltverläufe. Es konnten folgende vier Typen – jeweils zwei im Feuerwehr- und Rettungseinsatz – herausgearbeitet werden, die öfter als einmal vorkamen:

(1) Gewalt durch Betroffene einer Verkehrsabspernung (FW)

Diesen Verlaufstyp kennzeichnet eine stetig steigende Eskalationsstufe (Widerspruch => Beleidigung => körperlicher Angriff) und ein selbstständiges, rasches Verlassen des Ereignisortes durch den Angreifer.

(2) Gewalt durch Schaulustige im Rahmen von Hilfs- und Löscheinsätzen (FW)

Gewalt trat hier möglicherweise als Folge einer zu späten Reaktion der Einsatzkräfte auf die Provokationen Schaulustiger auf.

(3) Gewalt beim Verbringen von Patienten (RD)

In dieser Fallspezifik sind selten ausgeprägte Eskalationsdynamiken erkennbar. Häufig kommt der Angriff für die Einsatzkräfte überraschend.

(4) Gewalt im Zusammenhang mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen

Bei dieser Falluntergruppe gab es bereits vor dem Rettungseinsatz eine körperliche Auseinandersetzung mit Polizeibeamten, so dass die Situation bereits emotional „aufgeheizt“ war.

Diese vier Falltypen stellen einen ersten Klassifizierungsversuch dar, der auf Grund der wenig ausdifferenziert beschriebenen Gewaltverläufe in den Freitextangaben noch sehr unspezifisch bleiben muss. Hier können Interviews einen tieferen Einblick gewähren. Sie ermöglichen die Offenlegung der eigenen Erlebniswahrnehmung und der Interaktionsstrukturen im Vorfeld der Gewaltanwendung. An den Freitextschilderungen fällt auf, dass die Einsatzkräfte kaum ihre eigene Kommunikation und Reaktion auf verbale Übergriffe beschreiben. In Interviews können sie erfragt werden.

Auch ein Vergleich mit Verläufen, die eine Eskalationsdynamik zeigen, die jedoch nicht in Gewalt münden, könnte zu einer Schärfung der Typologie beitragen.

Literaturverzeichnis

Allert, Tilman (2019): Manieren gesucht! Brauchen wir neue Regeln des Umgangs. <https://www.swr.de/swr2/programm/download-sw-14128.pdf> [22.04.2020]

Arendt, Hannah (1990): Macht und Gewalt. München: Piper.

Birkel, Christoph u. a. (2019): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017. Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Wiesbaden: BKA.

Bundesministerium des Inneren (BMI): PKS 2018 - ausgewählte Zahlen im Überblick. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [20.02.2020].

Collins, Randall (2011): Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie. Hamburg: Hamburger Edition.

Dienstbühl, Dorothee (2018): Zwischen Realität und Erfassung – Kriminalität als Politikum. In: Deutsche Polizei 9/2018, S. 4-10.

Dressler, Janina Lara (2017): Gewalttätige Übergriffe auf Rettungskräfte. In: forum kriminalprävention 3/2017, S. 3-6.

Feltes, Thomas/Weigert, Marvin (2018): Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen. https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2018/Abschlussbericht_Gewalt_gegen_Einsatzkraefte.pdf [05.02.2020].

GfK Verein (2018): Pressemitteilung. www.nim.org [18.02.2020].

Goffman, Erving (2013): Interaktionsrituale. Über Verhalten indirekter Kommunikation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hoebel, Thomas (2019): Woher kommt die Gewalt? FAZ, 04.12.2019.

Hoebel, Thomas/Knöbl, Wolfgang (2019): Gewalt erklären! Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlag.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2019): Ergebnisse einer Repräsentativumfrage unter insgesamt 1.007 Wahlberechtigten in Deutschland. [https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/respekt_\[01.04.2020\]](https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/respekt_[01.04.2020]).

Lorej, Clemens/Ellrich, Karoline/Hartmann, Julia/Müller, Jennifer (2019): Gewalterfahrungen im Rettungsdienst. Häufigkeit, situative Umstände und Folgen. In: Polizei & Wissenschaft 3/2019, S. 35-66.

Paris, Rainer (2014): Der Wille des Einen ist das Tun des Anderen. Aufsätze zur Machttheorie. Weilerswist: Velbrück GmbH.

Pfeiffer, Christian/Baier, Dirk/Kliem, Sören (2018): Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer. <https://www.bmfsfj.de/blob/121226/0509c2c7fc392aa88766bdfaeaf9d39b/gutachten-zur-entwicklung-der-gewalt-in-deutschland-data.pdf> [13.05.2020].

Pörksen, Bernhard (2019): Die grosse Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München: Carl Hanser Verlag.

Rau, Matthias/Leuschner, Fredericke (2018): Gewalterfahrungen von Rettungskräften im Einsatz – Eine Bestandsaufnahme der empirischen Erkenntnisse in Deutschland. In: NK 30. Jg. 3/2018, S. 316-335.

Schmidt, Julia (2012): Gewalt gegen Rettungskräfte. Bestandsaufnahme zur Gewalt gegen Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen. https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/PDF_2012/Gewalt_gegen_Rettungskraefte.pdf [24.01.2019].

Schmidt, Ralf/Bannenber, Britta (2020): Gewalt gegen Polizeibeamte – wie Verhaltensprognosen Leben retten. In: Kriminalistik 2/2020, S. 67-73.

Sutterlüty, Ferdinand (2019): Neue Toolbox für die Gewaltforschung. <https://soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/neue-toolbox-fuer-die-gewaltforschung/> [16.04.2020]

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales – TMIK(2019): PKS Thüringen, S. 17. www.innen.thueringen.de/fileadmin/th3/polizei/Statistiken/PKS_2018.pdf [01.04.2020].

Universität Witten/Herdecke (o. J.): Förderung des Ehrenamtes der Feuerwehren in NRW. https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/Bericht_Symposium_Buergerschaftliches_Engagement_und_zivile_Sicherheit.pdf [04.05.2020].

Yildirim-Krannig, Y./Mähler, M./Wucholt, F. (2013): Eine kulturtheoretische Betrachtung von Feuerwehren im Wandel – eine Momentaufnahme. In: Jenki, M., Ellebrecht, N., Kaufmann, S. (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls. Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Münster: LIT Verlag.

Zick, Andreas (2019a): www1.wdr.de/nachrichten/interview-gewaltforscher-zick-100.html [28.10.2019]

Zick, Andreas (2019b): Pöbeln, Anschreien, Prügeln. Warum gehen wir so miteinander um? (Exakt. Die Story). Mitteldeutscher Rundfunk, Sendung vom 03.04.2019. 20:45 Uhr.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Fragebogen

Anlage 2: datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung

Anlage 3: Datensatzbeschreibung mit -auswertung

Informationsschreiben zum Fragebogen „Gewalt gegen Einsatzkräfte“

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die Verbände der Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Rettungsdienstes wird die zunehmende körperliche Gewalt gegenüber Einsatzkräften beklagt. Im Landespräventionsrat Thüringen, angesiedelt im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, wurde deshalb die Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste“ eingerichtet. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte zu entwickeln.

Um in einem ersten Schritt einen Überblick zu erhalten, wie sich die Situation in Thüringen darstellt, möchten wir eine schriftliche Befragung durchführen. **Der Fragebogen richtet sich an Thüringer Einsatzkräfte, die während ihrer Dienstverrichtung schon einmal körperlich angegriffen wurden.** Die Teilnahme an der Befragung ist **freiwillig**. Ihre Angaben werden **vertraulich** behandelt. Auswertungsergebnisse werden keine Rückschlüsse auf konkrete Personen zulassen.

Wenn Sie über den Fragebogen hinaus für ein Interview zu Verfügung stehen, können Sie Ihre Erreichbarkeit auf dem Fragebogen hinterlassen oder sich direkt per E-Mail an den Landespräventionsrat wenden (lpr@tmik.thueringen.de), der sich zeitnah mit Ihnen in Verbindung setzen wird. **Bitte füllen Sie nur in diesem Fall die beiliegende datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung aus.** Fügen Sie die Erklärung dem Fragebogen bei. Durch Ihre Schilderung des Angriffs helfen Sie uns, Gewaltdynamiken besser zu erfassen.

Bitte werfen Sie den ausgefüllten Fragebogen in das dafür bereitgestellte Behältnis oder senden Sie ihn ohne Adressatenangabe unter folgender Anschrift an den Landespräventionsrat zurück.

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Geschäftsstelle Landespräventionsrat
Steigerstraße 24, 99096 Erfurt

Wir bedanken uns für Ihre Mitarbeit. Bei Fragen steht Ihnen die Geschäftsstelle des Landespräventionsrates unter +49(0)361 57 3313245 bzw. lpr@tmik.thueringen.de zur Seite.

Fragebogen „Gewalt gegen Einsatzkräfte“

Angaben zu körperlicher Gewalterfahrung während eines Einsatzes

Wie oft wurden Sie seit Eintritt in den Feuerwehr-/Rettungsdienst während eines Einsatzes körperlich attackiert (z. B. schubsen, treten, schlagen)?

- 1 mal 2 - 5 mal mehr als 5 mal (bitte Anzahl ergänzen) _____

Angaben zum körperlichen Angriff

Erinnern Sie sich bitte an den körperlichen Angriff, den Sie als am schwersten erlebt haben. Bitte geben Sie an, bei welcher Einsatzart der körperliche Angriff stattfand.

- Rettungseinsatz Brandschutzeinsatz Technische Hilfeleistung
 Katastrophenschutzeinsatz Betreuungseinsatz
 Sonstiger Einsatz, bitte näher beschreiben _____

Wo fand der Übergriff statt? (Mehrfachaufzählungen sind möglich)

- innerhalb einer Ortschaft Ortszentrum außerhalb einer Ortschaft

Bitte beschreiben Sie die Örtlichkeit des Angriffs.

- Fahrzeug öffentlicher Platz/Straße öffentliches Gebäude
 Wohnung Wohnhaus
 Sonstiges (bitte näher beschreiben) _____

Wie viele unbeteiligte Personen (weder Angreifer noch Einsatzkräfte) befanden sich vor Ort?

- keine 1 2 - 5 5 - 10 mehr als 10, wie viele? _____

Wie erfolgte der körperliche Angriff? (Mehrfachaufzählungen sind möglich)

- bespucken schubsen/rempeln treten
- bewerfen Pfefferspray sexualisiert
- schlagen (Hand/Faust) schlagen mit Gegenstand (z. B. Stock, Stuhlbein)
- Einsatz einer Hieb- oder Stichwaffe (z. B. Messer, Axt, Schere)
- Einsatz Schusswaffe Einsatz sonstiger Waffen (z. B. Schlagring, Schlagstock)
- Sonstige Angriffsform (bitte benennen) _____

Wurden Sie körperlich verletzt?

- nein ja, leicht ja, mittelschwer ja, schwer

Wer wurde über den Vorfall informiert? (Mehrfachaufzählungen sind möglich)

- niemand Vorgesetzter Kollege(n) Polizei (Anzeige)
- Unfallanzeige erstattet

Wenn niemand informiert wurde, warum erfolgte dies nicht?

Angaben zum Angreifer

Der Angreifer/Die Angreifer handelte(n)

- allein allein aus einer Gruppe heraus (mehr als zwei Personen)
- zu zweit Ich wurde durch mehrere Personen attackiert.

Der Angreifer war

- männlich weiblich unbekannt

Der Angreifer war erkennbar (Mehrfachaufzählungen sind möglich)

- alkoholisiert bzw. stand unter Einfluss von Drogen/stimulierenden Mitteln
- in sonstiger Weise auffällig, wie? _____

Der Angreifer war

- Patient/Hilfesuchender Angehöriger/Freund des Patienten/Hilfesuchenden
- Schaulustiger Unbeteiligter Sonstige Person

Bitte beschreiben Sie den Ablauf des körperlichen Angriffs stichpunktartig.

- Ich erkläre mich bereit, in einem persönlichen Gespräch über den Ablauf des Angriffs zu berichten. Ich bin erreichbar unter:**

Persönliche Angaben

Geschlecht

- männlich weiblich divers

Beschäftigungsverhältnis zum Zeitpunkt des Angriffs

hauptamtlich bei

- Feuerwehr Rettungsdienst THW Kat.-schutz PSNV

ehrenamtlich bei

- Feuerwehr Rettungsdienst THW Kat.-schutz PSNV

Lebensalter in Jahren

- < 20 20 - 35 36 - 50 > 50

Dienstalter in Jahren

- in Ausbildung < 5 6 - 15 16 - 25 > 25

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsdatum: _____

Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung nach Artikel 7 der Verordnung (EU) 2016/679

Ich bin damit einverstanden, dass die mich betreffenden personenbezogenen Daten beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales verarbeitet werden. Dabei gelten folgende Bedingungen:

1. Zwecke der Verarbeitung

Der Fragebogen „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ dient der Erhebung von gewalttätigen Angriffen gegen Feuerwehr- und Rettungskräfte im Einsatz. Ziel ist es, einen Überblick über Ausmaß und Formen der Gewalt in Thüringen zu erhalten, um Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Einsatzkräfte zu entwickeln. Nach Auswertung der Befragung werden keine Rückschlüsse auf konkrete Personen möglich sein.

2. Risiken der Datenverarbeitung

Um die Risiken der Datenverarbeitung zu minimieren, bitten wir Sie die ausgefüllten Fragebögen auf dem Postweg einzureichen und von einer Übersendung per E-Mail abzusehen. Im Rahmen der internen Bearbeitung hier im Haus sind die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Sicherheit Ihrer Daten getroffen.

3. Verantwortlicher, Ansprechpartner und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher für die Verarbeitung meiner Daten:

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Staatsekretär Inneres
Steigerstraße 24, 99096 Erfurt

Ansprechperson für Fragen zur Verarbeitung:

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Geschäftsstelle Landespräventionsrat
Telefon: +49 (0) 361 57-3313-245
E-Mail: lpr@tmik.thueringen.de

zuständiger behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Datenschutzbeauftragter@tmik.thueringen.de

Telefon: +49 (0) 361 57-3313-453

4. Personenbezogene Daten

Folgende meine Person betreffende Daten werden erhoben und verarbeitet:

Name, Vorname, Erreichbarkeit, Lebens- und Dienstalster, Beschäftigungsverhältnis zum Zeitpunkt des Angriffs

Im Rahmen dieser Einwilligungserklärung werden außerdem Geburtsdatum und Anschrift erfasst.

5. Empfänger

Meine personenbezogenen Daten werden an die Geschäftsstelle des Landespräventionsrats übermittelt.

6. Dauer der Speicherung

Meine personenbezogenen Daten werden für sechs Monate gespeichert.

7. Rechte

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die im Rahmen der vorstehend genannten Zwecke erhobenen personenbezogenen Daten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 verarbeitet werden.

Ich bin zudem darauf hingewiesen worden, dass ich mein Einverständnis jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist auf dem Postweg an das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales zu richten.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass die Einwilligung für die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten auf freiwilliger Basis erfolgt.

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift des gesetzlichen Vertreters
bei Minderjährigen

Datensatzbeschreibung und -auswertung

Variablenname	Ausprägung	Codierung
Fall-ID		
F1	angriff_anzahl	1 - 1mal: 10 2 - 2-5mal: 13 3 - >5mal: 1 Freitext: -
F2	angriff_einsatzart	1 – Rettungseinsatz: 17 2 – Brandschutzeinsatz: 1 3 - Technische Hilfeleistung: 6 4 – Kat.-schutzeinsatz: 0 5 – Betreuungseinsatz: 0 6 – sonstiger Einsatz: 0 Freitext: -
F3a	angriff_ort_innerhalb	1 – ja: 20 2 – nein: 5
F3b	angriff_ort_zentrum	1 – ja: 10 2 – nein: 5
F3c	angriff_ort_außerhalb	1 – ja: 6 2 – nein: 19
F4	angriff_örtlichkeit	1 – Fahrzeug: 2 2 – öffentlicher Platz/Straße: 11 3 – öffentliches Gebäude: 0 4 – Wohnung: 9 5 – Wohnhaus: 2 6 – sonstiges: 0 Freitext: Pl + RTW, im + am Fzg., vor Wohnhaus, Fzg. + Straße
F5	angriff_anzahl_unbeteiligte	1 – keine: 6 2 – 1: 2 3 – 2-5: 12 4 – 5-10: 5 5 - >10: 0 Freitext: -
F6a	angriffart_spucken	1 – ja: 11 2 – nein: 14
F6b	angriffart_schubsen	1 – ja: 12 2 – nein: 13
F6c	angriffart_treten	1 – ja: 6 2 – nein: 19
F6d	angriffart_werfen	1 – ja: 2 2 – nein: 23
F6e	angriffart_pfefferspray	1 – ja: 0 2 – nein: 25
F6f	angriffart_sexualisiert	1 – ja: 2 2 – nein: 23
F6g	angriffart_schlagen_koerper	1 – ja: 8 2 – nein: 17
F6h	angriffart_schlagen_gegenstand	1 – ja: 0 2 – nein: 25
F6i	angriffart_hieb.stich	1 – ja: 0 2 – nein: 25
F6j	angriffart_schusswaffe	1 – ja: 1 2 – nein: 24
F6k	angriffart_sonstige_waffe	1 – ja: 0 2 – nein: 25
F6l	angriffart_sonstiger	1 – ja: 4 2 – nein: 21 Freitext: Feuerwerk, verbale Gewalt, vers. Anfahren
F7	angriff_verletzt	1 – nein: 22 2 – leicht: 3 3 – mittelschwer: 0 4 – schwer: 0
F8a	angriff_information_niemand	1 – ja: 5 2 – nein: 20

F8b	angriff_information_vorgesetzter	1 – ja: 11 2 – nein: 14
F8c	angriff_information_kollege	1 – ja: 15 2 – nein: 10
F8d	angriff_information_polizei	1 – ja: 11 2 – nein: 14
F8e	angriff_information_unfallanzeige	1 – ja: 1 2 – nein: 24
F9	angriff_grund_nichtinformation	Freitext: Polizei vor Ort, bringt nichts, Pat. psych. krank, T unbekannt
F10	angreifer_anzahl	1 – allein: 24 2 – allein aus Gruppe: 0 3 – zwei Personen: 0 4 – mehrere Personen: 1
F11	angreifer_geschlecht	1 – männlich: 19 2 – weiblich: 4 3 – unbekannt: 0
F12a	angreifer_intoxidiert	1 – ja: 15 2 – nein: 10
F12b	angreifer_sonstiges	1 – ja: 7 2 – nein: 18 Freitext: verwahrlost, wütend/aggressiv, schizophr
F13	angreifer_kategorie	1 – Patient/Hilfesuchender: 16 2 – Angehöriger/Freund: 1 3 – Schaulustiger: 3 4 – Unbeteiligter: 4 5 – sonstige Person: 0
F14	bereitschaft_interview	1 – ja: 4 2 – nein: 21
F15	befragter_geschlecht	1 – männlich: 16 2 – weiblich: 9 3 – divers: 0
F16	befragter_beschäftigung	1 – Feuerwehr (hauptamtlich): 1 2 – Rettungsdienst (hauptamtlich): 18 3 – THW (hauptamtlich): 0 4 – Kat.-schutz (hauptamtlich): 0 5 – PSNV (hauptamtlich): 0 6 – Feuerwehr (ehrenamtlich): 5 7 – Rettungsdienst (ehrenamtlich): 1 8 – THW (ehrenamtlich): 0 9 – Kat.-schutz (ehrenamtlich): 0 10 – PSNV (ehrenamtlich): 0
F17	befragter_lebensalter	1 – < 20: 4 2 – 20-35: 17 3 – 36-50: 4 4 – > 50: 0
F18	befragter_dienstalter	1 – in Ausbildung: 0 2 – < 5: 18 3 – 6-15: 3 4 – 16-25: 4 5 – > 25: 0

0 – keine Freitextinformation

99 – keine Angaben

